

Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge
Herausgeber: Bioforum Schweiz
Band: 53 (1998)
Heft: 3

Artikel: Ein Ritual, das alles zudeckt
Autor: Moser, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-891703>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Ritual, das alles zudeckt

Die neue Agrarpolitik wird die Probleme der Landwirtschaft nicht lösen. Agrarische und industrielle Produktion sind grundverschieden.

Seit Mitte der achtziger Jahre ist man sich in der Politik weitgehend einig: Die Schweiz braucht – aus innen- und aussenpolitischen Gründen – dringend eine tiefgreifende Reform der staatlichen Agrarpolitik. Nach sieben Volksabstimmungen und zahllosen Parlamentsdebatten haben sich National- und Ständerat nun auf den Inhalt des neuen Landwirtschaftsgesetzes «Agrarpolitik 2002» (AP 2002) geeinigt. Das Resultat dieser politischen Kraftanstrengung sei, bilanzierte die NZZ, eine «teure Agrarpolitik, arme Bauern und geprellte

Die Abhängigkeit der Bauern vom Staat wird zementiert

Konsumenten». Wo liegen die Ursachen dafür, dass jetzt ausgerechnet diejenigen, die diese Reformen am vehementesten verlangten und am stärksten vorantrieben, bereits wieder so unzufrieden sind wie zu Beginn der Übung? Ist es, wie eine populäre und auf den ersten Blick nicht ganz abwegige Erklärung meint, einer allmächtigen Agrarlobby geglückt, eine «vernünftige» Reform der Agrarpolitik in Richtung von «mehr Markt und mehr Ökologie» zu verhindern? Obwohl diese Erklärung seit Jahrzehnten zum Standardargument mehr oder weniger tief-schürfender Analysen der Agrarpolitik gehört, verschlei-ert sie mehr, als sie erläutert. Es stimmt zwar, dass die Landwirt-schaft mit ihren zwei bis drei Dutzend – unter sich sehr zer-strittenen – VertreterInnen in Bern übervertreten ist. Doch das

reichte in der Vergangenheit we-der zur Verhinderung von der Landwirtschaft nicht genehmen noch für die Verabschiedung «bauernfreundlicher Beschlüsse». Alle agrarpolitisch wichti-gen Entscheide wurden immer von einer soliden Mehrheit der ParlamentarierInnen mitgetra-gen.

Wer die Politik nicht primär nach den Absichtserklärungen der Akteure beurteilt, sondern an den Resultaten misst, die diese produzieren, wird einen anderen Weg suchen müssen, um die Funktion und das Funktionieren der Agrarpolitik zu verstehen. Denn die Debatten um die Agrarpolitik sind zu einem gros-sen Teil ein Ritual. Ihr Zweck ist nicht, den radikalen Transforma-tionsprozess des Agrarsektors transparent und dadurch diskutier-bar zu machen, sondern dies- in ein Stabilität suggerieren-des Gewand zu hüllen. So ging es in der Nachkriegszeit nie um die seit bald einhundert Jahren pro-pagierte «Erhaltung des Bauern-standes», sondern um die An-koppelung der Landwirtschaft an die moderne Industriegesell-schaft, um die Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion auf den bestehenden Höfen also. Die vor fünfzig Jahren in die Verfassung geschriebene Ab-sicht, einen «gesunden Bauern-stand» zu erhalten, ist Absicht geblieben. Nicht etwa eine «Ver-bäuerlichung der Schweiz» hat seither stattgefunden, sondern – wenn schon – eine «Verschweize-rung der Bauern». Die Integra-tion der bäuerlichen Bevölkerung in den Bundesstaat erfolgte in ei-nem derart umfassenden Sinne, dass sie physisch weitgehend in

der modernen Gesellschaft auf-gehoben wurde. Viel mehr als zur Erhaltung der herkömmli-chen Bauernschaft hat die staat-liche Agrarpolitik auch in der Schweiz zum Untergang des Bauerntums, dem vielleicht dra-matischsten sozialen Wandel in der Nachkriegszeit, beigetragen, wie der marxistische Historiker Eric Hobsbawm schreibt.

Heute werden genau wie in der Vergangenheit tiefgreifende Ver-änderungsprozesse im Agrarsek-tor von einer politisch breit abge-stützten «Neuorientierung» der staatlichen Agrarpolitik beglei-tet, die das Wesen des Transfor-mationsprozesses eher verschlei-ert als erläutert. Die populäre – oder populistische? – Rhetorik von «mehr Markt und mehr Ökologie» trägt nicht wenig dazu bei, dass der Inhalt der momen-tan stattfindenden Veränderun-gen – die noch weitergehende Verwandlung der ProduzentIn-nen in Rentenbezüger und An-bieter von am Markt nicht nach-gefragten Dienstleistungen – kaum noch diskutiert wird. Be-zeichnenderweise spricht nie-mand darüber, dass mit der AP 2002 die Grundlagen dafür, dass die ProduzentInnen in Zukunft nachhaltig wirtschaften und ihr Einkommen über den Erlös des Produkteverkaufs am Markt rea-lisieren können, gerade nicht ge-schaffen werden.

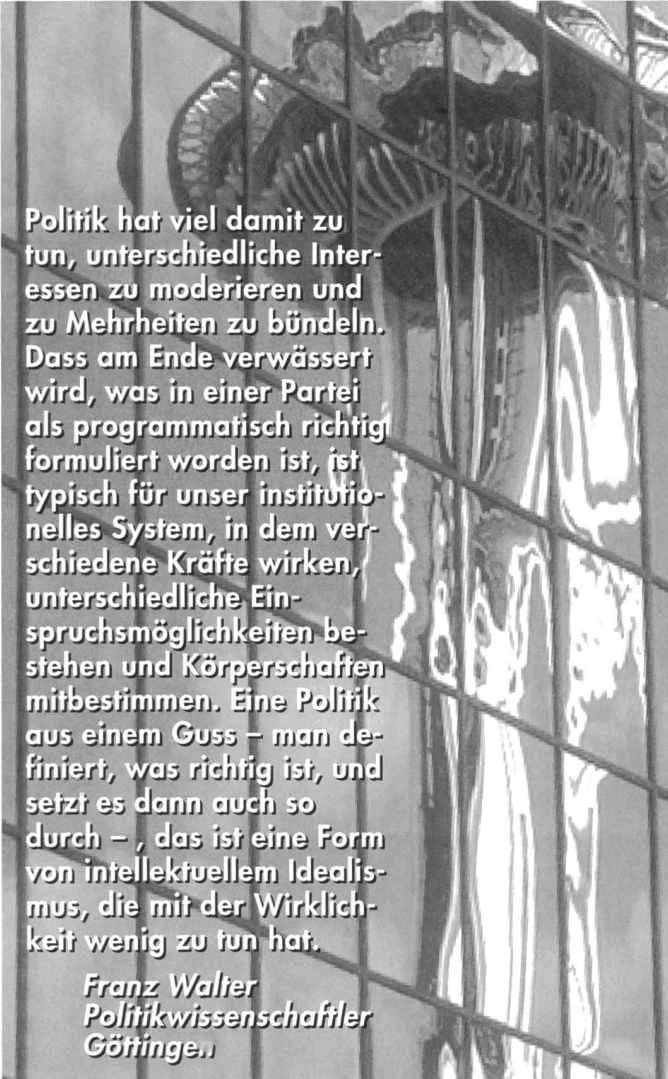
Agrarische und industrielle Produktion

Erst die masslose ideologische Überhöhung der Betriebsform des bäuerlichen Familienbetriebs hat in den fünfziger und

sechziger Jahren ermöglicht, die Landwirtschaft ohne grössere soziale Unrast aus ihrer her-kömmlichen, noch weitgehend auf der Grundlage der Bodenbe-wirtschaftung beruhenden und an die (Wachstums-)Restriktio-nen der natürlichen Kreisläufe gebundenen Form der Nah-rungsmittelproduktion heraus-zulösen und in eine Landwirt-schaft zu verwandeln, die ähnl-iche Produktivitätsfortschritte wie die Industrie erzielen konn-te. Dass diese Industrialisierung der Nahrungsmittelproduktion nur teilweise die angestrebten Resultate (immer billigere Nah-rungsmittel für die KonsumentInnen und Einkommensgaranti-en für die BetriebsleiterInnen auf den mittelgrossen Bauernhö-fen) zeitigte, ist auf den simplen, aber fundamentalen Unter-schied zurückzuführen, der zwi-schen einer agrarischen und ei-ner industriellen Produktion be-steht.

Eine agrarische Produktion zeichnet sich durch die Nutzung von Pflanzen und Tieren aus und läuft in biologischen Prozessen ab. Die Geschwindigkeit der Ressourcennutzung hängt auch von derjenigen der biologischen und ökologischen Erneuerungs-zyklen ab. Weil alle involvierten Organismen einen Teil der ver-fügbaren Energiematerie selbst verbrauchen, ist immer eine phy-sische Obergrenze der Produk-tion vorhanden; weder die Tier-noch die Pflanzenproduktion sind beliebig ausdehnbar, son-dern durch ihre jeweils unter-schiedlich langen Reproduk-tionszyklen begrenzt.

Demgegenüber funktioniert die Industrie seit dem 19. Jahrhun-



Politik hat viel damit zu tun, unterschiedliche Interessen zu moderieren und zu Mehrheiten zu bündeln. Dass am Ende verwässert wird, was in einer Partei als programmatisch richtig formuliert worden ist, ist typisch für unser institutionelles System, in dem verschiedene Kräfte wirken, unterschiedliche Einspruchsmöglichkeiten bestehen und Körperschaften mitbestimmen. Eine Politik aus einem Guss – man definiert, was richtig ist, und setzt es dann auch so durch –, das ist eine Form von intellektuellem Idealismus, die mit der Wirklichkeit wenig zu tun hat.

*Franz Walter
Politikwissenschaftler
Göttingen*

dert weitgehend auf Basis der Nutzung von Bestandesgrößen nichterneuerbarer Ressourcen (vor allem Kohle, Erdöl und Uran) und läuft über maschinelle Prozesse ab. Die zeitliche Struktur der Produktion ist deshalb lediglich abhängig von den Kapitalgüterbeständen und dem Stand der technologischen Entwicklung. Erst dieser Zusammenhang ermöglichte es, innerhalb weniger Generationen erstmals in der Geschichte der Menschheit ein exponentielles Wachstum der Wirtschaft zu organisieren.

Beim Versuch der Agrarpolitik, diesen Unterschied zu überwinden und die Nahrungsmittelproduktion auf den Bauernhöfen

der gleichen Logik wie in der Industrie zu unterstellen, sind zwar viele Unterschiede zwischen den beiden Produktionsweisen eingeebnet worden. Aber die grundlegende Differenz konnte bis heute nie ganz überwunden werden. Eine Optimierung der landwirtschaftlichen Produktion im Stil der industriellen Produktion – wo Arbeit, Boden und Kapital in ihrer Kapazität bei einer entsprechenden Organisation konstant ausgelastet werden können – ist grundsätzlich nicht erreichbar. Die saisonalen, von den Reproduktionszyklen der Tiere und Pflanzen bestimmten Schwankungen im landwirtschaftlichen Produktionsablauf können zwar minimiert, nicht

aber aufgehoben werden. Das führt zwangsläufig zu einer – aus einer industriellen Perspektive betrachtet – «Überkapitalisierung» der Landwirtschaft, so dass die Investitionsgüter hier fast durchwegs weniger gut ausgelastet werden können als in der Industrie – und zwar auch auf den grossen Höfen.

AP 2002 ist zum Scheitern verurteilt

In den agrarpolitischen Auseinandersetzungen der fünfziger und sechziger Jahre war viel vom allseitig geteilten Wunsch der Erhaltung der Familienbetriebe die Rede, aber die Folge der politischen Neuorientierung, die Degradierung des Bodens – der wichtigsten Grundlage sowohl der herkömmlichen als auch einer modernen, biologischen Landwirtschaft – zur Hilfsquelle, ist in der Agrarpolitik nie thematisiert worden. Bezeichnenderweise spricht auch heute niemand von den Auswirkungen der AP 2002, alle reden nur von den Wünschen und Hoffnungen, die sie in diese Neuorientierung projizieren: von mehr Markt und Ökologie also. Die sich schon heute deutlich abzeichnende Entwicklung, dass die Bauern und Bäuerinnen noch mehr vom Staat abhängig werden, wird tabuisiert (obwohl mittlerweile nicht einmal mehr die Bio-Bauern und -Bäuerinnen vom Verkauf ihrer Produkte leben können).

Die AP 2002 verstärkt und zementiert die Abhängigkeit der Bauern vom Staat durch ihre Verwandlung in Anbieter von

am Markt nicht nachgefragten landschaftspflegerischen Dienstleistungen. So richtig das im Einzelfall sein kann, ein Abbau der landwirtschaftlichen Produktion und die Vollendung der Verwandlung der bisher darin Beschäftigten in vom Staat abhängige Rentenbezüger ist keine Grundlage für eine Ökologisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Gerade weil eine biologisch betriebene Landwirtschaft im Moment praktisch noch die einzige wirtschaftliche Tätigkeit ist, die ihre Lebensgrundlagen nicht verbraucht, sondern wieder reproduziert, sollte ihr Tätigkeitsfeld aus-, nicht abgebaut werden.

Nicht ein Abbau der landwirtschaftlichen Tätigkeit müsste am Anfang einer Neuorientierung der Agrarpolitik in Richtung einer nachhaltigen Wirtschaft stehen, sondern eine Reorganisation der Beziehungen zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, die ein ökologisches Verhalten der Individuen erst ermöglichen würde. Die AP 2002 wird deshalb ebensowenig zu einer nachhaltig produzierenden Landwirtschaft führen wie die als Gegenvorschlag zu Diskussion stehende «Volksinitiative für preisgünstige Nahrungsmittel und ökologische Bauernhöfe», die höchstens den rituellen Charakter der Agrarpolitik bestätigt wie kaum eine andere Vorlage zuvor.

Peter Moser

Aus:
«Die Wochenzeitung»
Nr. 13 / 26. März 1998